

Apropos 52:

«Sicherheit kann Israel nicht mit Waffen erreichen»

«Israels Offensive im Gazastreifen ist die Abschiedspartie der israelischen Regierung für den scheidenden US-Präsidenten George W. Bush. «Israels bester Freund» hat es bei jedem Konflikt und Krieg unterstützt, seine aggressiven Unternehmungen gerechtfertigt und internationale Interventionen gegen dieses verhindert. Bush pries Israels Position als die eines Mittelstürmers in seinem Krieg gegen den Terror und hat dadurch seinen extremsten rechten Flügel gestärkt. Wer Freunde wie diese hat, braucht der dann noch illusorische Feinde?»: Diese Feststellung stammt nicht von einem Gegner oder gar Feind Israels, sondern von Lev Grinberg, einem politischen Soziologen an der Ben Gurion Universität (Israel)¹. Und weiter: «Aber Israel ist doch kein Satellitenstaat der USA. Es versucht, der US-Politik entgegenzukommen, aber auch seine eigene Agenda auszuführen. So z.B. waren die acht Jahre des Friedensprozesses während der Clinton-Regierung (1992–2000) eine israelische Initiative, die Clintons Vermittlung neutralisierten und umgingen, genau wie die acht Jahre Krieg und einseitige Politik der Bush-Regierung (2000–2008) begann, also vor Bushs Amtseinführung. Auch jetzt begann Israel die Eskalation im Gazastreifen am 4. November 2008, ohne jemanden zu benachrichtigen – es war der Wahltag in den USA. Israels (...) Aggression kann nicht verstanden werden, wenn man nicht das Timing näher betrachtet, d.h. die günstige Gelegenheit zwischen Obamas Wahl und seinem Amtsantritt.» Denn die «US-Unterstützung ist äußerst wichtig; also sind die Präsidentenwahlen ein Teil des militärischen Zeitplanes»¹.

Die Sache mit «Ursache und Wirkung»

Aber hat die deutsche Bundeskanzlerin das nicht ganz anders gesehen? In den Medien jedenfalls hieß es: «Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat der Hamas die alleinige Schuld an der Eskalation im Nahen Osten gegeben. Bei einem Telefonat mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert (...) seien sich Merkel und Olmert einig darin gewesen, dass die Verantwortung für die jüngste Entwicklung «eindeutig und ausschließlich» bei der Hamas liege. «Die Bundeskanzlerin legt Wert darauf, dass bei der Beurteilung der Situation im Nahen Osten Ursache und Wirkung nicht vertauscht werden oder Ursache und Wirkung nicht in Vergessenheit geraten», betonte der Vize-Regierungssprecher².

Da stellt sich wieder einmal die Frage: *Werden wir richtig informiert?* Auch hier zeigt sich: Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der rich-

tigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden. Für den Nahostkonflikt gilt das ganz besonders.

So sieht der eingangs zitierte Israeli Lev Grinberg die Sache mit «Ursache und Wirkung» völlig anders als die deutsche Bundeskanzlerin: «Der Angriff auf den Gazastreifen ist eine Fortsetzung der einseitigen und aggressiven Politik der letzten acht Jahre mit dem Ziel, die Unterstützung der Bush-Regierung auszunützen und gleichzeitig den neu gewählten Präsidenten Obama zu zwingen, sofort nach Übernahme des Amtes – also während einer Krise – Position zu beziehen.»

«Der Gazastreifen ist ein großes Gefängnis»

Grinberg hält dann weiter fest: «Die Maßnahmen begannen am 4. November 2008» (und nicht erst am 27. Dezember! B.B.), «als die IDF (Israel Defense Forces, die israelischen Streitkräfte. B.B.) in den Gazastreifen eindrang, einen Tunnel sprengte und sechs Hamasleute tötete und dabei die Feuerpause nach viereinhalb Monaten brach. Die Palästinenser reagierten mit dem Abschuss von Qassem-Raketen nach Israel; als Antwort darauf schloss die IDF die Grenzübergänge und verstärkte die Belagerung des Gazastreifens. Die Belagerung dauerte seitdem weiter an. Deshalb verkündete die Hamasregierung, die Bedingung für die Erneuerung der Feuerpause wäre die Aufhebung der Belagerung und die Öffnung der Grenzübergänge. Israel legte die Bedingung, die Grenzübergänge zu öffnen, als eine Verweigerung aus, die Feuerpause zu verlängern. Israel nennt dies «Selbstverteidigung.» Denn «kein souveräner Staat» könne «es zulassen, dass er von einem benachbarten Staat beschossen wird. Bei dieser Argumentation wird «die Tatsache ignoriert, dass der Gazastreifen kein «benachbarter Staat» ist. Dies ist der Kern des Konfliktes: Der Gazastreifen ist ein großes Gefängnis, das von der israelischen Armee kontrolliert wird, die Waren- und Personenaustausch verhindert – und zwar nicht nur an den Übergängen zu Israel, sondern auch an der ägyptischen Grenze sowie aus der Luft und vom Meer her.» Dieser «Betrug durch die israelische Regierung», so hält Grinberg fest, «hätte nicht akzeptiert werden können, wenn es nicht für die Ära des «Krieges gegen den Terror» des Präsidenten Bush gewesen wäre, zusammen mit dem Betrug über die Invasion in den Irak und das Massentöten der Zivilisten mittendrin. Vor der Besatzung des Irak

im April 2002, als die IDF die Städte der Westbank wieder besetzte, Hunderte von Palästinensern tötete und die Institutionen der Palästinensischen Behörde auseinander nahm, gab es herbe internationale Kritik an Israel, und nur eine Intervention der Bush-Regierung verhinderte, dass eine UN-Kommission kam, um das Massaker in Jenin zu untersuchen. Wer wird jetzt eine Untersuchungskommission aufstellen?»¹

Starke Verbindung zwischen Irak und Gaza

Das alles weiß natürlich auch die deutsche Bundeskanzlerin – wenn sie es nicht wüsste, müsste sie wegen Unfähigkeit sofort zurücktreten. Aber warum sagt sie dann wider besseres Wissen die Unwahrheit? Offenbar aus Staatsräson, die «Solidarität mit Israel» erfordere. Diese Haltung ist allerdings sehr kurzsichtig, denn auf die Dauer wird sich die Wahrheit durchsetzen und das kann sehr unangenehme Folgen gerade auch für Israel haben. Wahrhaftige Solidarität kann ja auch nur dann entstehen, wenn man den Partner ungeschminkt auf die Tatsachen hingewiesen hat. Bei Frau Merkel spielt noch etwas anderes eine Rolle: eine gewisse Schwäche für den unsäglichen George W. Bush; sie hätte ja seinerzeit die jungen Deutschen ohne weiteres in den – wie heute klar ist: völkerrechtswidrigen – Irakkrieg geschickt, wenn sie schon an der Macht gewesen wäre.

Lev Grinberg meint völlig zu Recht: «Der Bush-Regierung war es gelungen, den Krieg gegen den Terror über die ganze Welt zu verbreiten, wobei sie die weltweite öffentliche Meinung glatt ignorierte. Doch während Bush im Irak geblieben ist, haben sich Europa und die gemäßigten arabischen Länder nach und nach mit seiner Politik abgefunden. Wenn es etwas gibt, das Israels Überfall auf den Gazastreifen ähnelt, so ist es die Besetzung des Irak durch die USA, und wenn es Israel gelingt, die Hamasherrschaft zu vernichten, so wie Bush die Herrschaft Saddam Husseins vernichtet hat, wird es nicht in der Lage sein, aus dem Gazastreifen herauszukommen.» Und so wird auch das Fazit verständlich: «Wenn der neu gewählte Präsident Bushs Politik fortsetzt – nur mit einem verbesserten Image im Clinton-Stil – dann würde es eine Katastrophe sein. Es gibt eine starke Verbindung zwischen dem Irak und dem Gazastreifen, und wenn der US-Rückzug aus dem Irak nicht von einem ehrlichen und durchführbaren israelisch-palästinensischen Abkommen begleitet wird, dann wird der radikale Islam tatsächlich Kairo, Tel Aviv, Paris und London erreichen.»¹

Israel will keine Zwei-Staaten-Lösung

Ich habe es schon einmal festgehalten: Kein vernünftiger Mensch wird Sympathien für das Verhalten der palästinensischen Hamas mit ihren Raketen aufbringen. Aber

die deutsche Bundeskanzlerin müsste die Fakten zur Kenntnis nehmen. Die israelische Journalistin Amira Hass betont zu Recht: «Die Geschichte beginnt nicht mit den Qassamraketen.» Frau Merkel hofiert halt in aller Regel Leute wie den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert, der zurücktreten muss, weil er wegen Korruption vor Gericht angeklagt ist. (Sein Vorgänger entging diesem Schicksal nur, weil er auf den Tod krank wurde; so musste einer seiner Söhne im letzten Jahr für einige Monate in den Knast – wegen Korruption.) Wenn die Bundeskanzlerin mehr auf den Alltag schaut, kann sie bei Amira Hass, die für die Tageszeitung *Ha'aretz* schreibt, zur Kenntnis nehmen: «Für uns, die Israelis, beginnt die Geschichte immer dann, wenn die Palästinenser uns verletzen und dann ist der Schmerz völlig aus dem Zusammenhang gerissen. Wir denken, wenn wir den Palästinensern viel größeren Schmerz verursachen, dann werden sie eine Lektion lernen. Manche nennen dies einen «Erfolg.» Und: «Die israelischen Medien geben Informationen auf sehr niedrigem Niveau ... Sie (...) rühmen sich nicht unserer Leistungen: die getöteten Kinder und die Leichen, die unter den Ruinen verwesen, die Verwundeten, die zu Tode verbluten, weil unsere Soldaten auf die Sanitäter schießen, die kleinen Mädchen, deren Beine wegen schrecklicher Wunden von neuer Munition amputiert werden mussten, von erschütterten Vätern, die bittere Tränen weinen, die Wohnviertel, die vernichtet wurden, die schrecklichen von weißem Phosphor verursachten Verbrennungen, und der Mini-Transfer – Zehntausende Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben ...» Und besonders wichtig: «Seit die palästinensische Behörde errichtet wurde, hat die PR-Maschinerie die Gefahr der militärischen Bedrohung übertrieben, die die Palästinenser für uns darstellen. Als sie von Steinen zu Gewehren wechselten und von Molotow-Cocktails zu den Bomben auf Beinen, vom Sprengstoff am Straßenrand zu den Qassams und von den Qassams zu den Grads und von der PLO zur Hamas sagten wir mit einem Siegeschrei «Sagten wir es nicht; sie sind Antisemiten.» Und deshalb haben wir das Recht, auf einen Rachefeldzug zu gehen.» Amira Hass kommt zum Schluss: «Es war Israels Ziel, die Zwei-Staaten-Lösung zu verhindern.»³

Sicherheit nur durch friedliche Koexistenz mit den Nachbarn

Der deutschen Bundeskanzlerin hätten auch folgende Sätze zu denken geben können: «Die Massaker in Gaza stellen die jüngste Phase eines Krieges dar, den Israel seit mehr als 60 Jahren gegen das palästinensische Volk führt. Das Kriegsziel hat sich nie verändert. Ziel ist es, mit Hilfe überwältigender militärischer Stärke die Palästinenser – als politische Kraft, die sich der kontinuierlichen Aneignung

nung von (palästinensischem) Land und Ressourcen durch Israel entgeggestellt – auszuschalten. Der israelische Krieg gegen die Palästinenser hat Gaza und die Westbank in zwei gigantische politische Gefängnisse verwandelt. An diesem Krieg ist nichts symmetrisch – nicht die Prinzipien, nicht die Taktik, nicht die Folgen. Israel ist verantwortlich für den Ausbruch dieses Krieges und für seine Intensivierung. (...) Israel muss begreifen, dass seine Sicherheit von einer friedlichen und gerechten Koexistenz mit seinen Nachbarn abhängt – und nicht vom kriminellen Einsatz von Stärke.»⁴ Diese «kollektive Erklärung» zum jüngsten Gazakrieg stammt von insgesamt 407 britischen Autoren, alles Akademiker und Schriftsteller, darunter viele Universitätsprofessoren. Einer von ihnen ist Avi Shlaim, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Oxford; er ist in Bagdad geboren und in Israel aufgewachsen; er spricht sowohl Hebräisch als auch Arabisch und ist israelischer und britischer Staatsbürger. In einem eigenen Artikel stellt er fest: «Der einzige Weg, um in Israels sinnlosem Krieg in Gaza einen Sinn zu finden, führt über ein Verständnis der historischen Zusammenhänge. Die Gründung des Staates Israel im Mai 1948 war mit enormen Ungerechtigkeiten für die Palästinenser verbunden. Englische Politiker waren sich seinerzeit des großen Unrechts bewusst, das den Palästinensern durch die einseitige Unterstützung der Amerikaner für die Israelis angetan wurde. Am 2. Juni 1949 schrieb Sir John Troutbeck, seinerzeit britischer Botschafter in Ägypten, in einem Bericht an den Außenminister Ernest Bevin, die Amerikaner seien verantwortlich für die Schaffung eines Gangsterstaates unter der Führung «einer völlig skrupellosen Führerbande». Bisher dachte ich, dies sei ein zu hartes Urteil; aber angesichts von Israels brutalem Überfall auf die Bevölkerung von Gaza und der Komplizenschaft der Regierung Bush stellt sich die Frage neu. Ich schreibe dies als jemand, der Mitte der 1960er Jahre loyal in der israelischen Armee gedient und die Legitimität des Staates Israel in den Grenzen von 1967 nie in Frage gestellt hat.» Allerdings: «Die israelische Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens in der Folge des Juni-Krieges 1967 hatte sehr wenig mit Sicherheit zu tun; es ging viel mehr um territoriale Expansionspolitik. Das Ziel war die Errichtung eines «größeren Israel» mittels dauerhafter politischer, wirtschaftlicher und militärischer Kontrolle über die palästinensischen Gebiete. Das Ergebnis ist eine der längsten und brutalsten Militärbesetzungen in der modernen Geschichte.»⁵

«Fruchtbarer Nährboden für politischen Extremismus»

Avi Shlaim konstatiert: «Gaza ist ein klassischer Fall von kolonialer Ausbeutung im post-kolonialen Zeitalter. Zivile

Siedlungen in besetzten Gebieten sind unmoralisch, ungesetzlich und bilden ein unüberwindliches Hindernis für Frieden. Sie sind gleichermaßen das Instrument der Ausbeutung und das Symbol der verhassten Besetzung. Vor dem Rückzug Israels im Jahre 2005 betrug die Zahl jüdischer Siedler in Gaza lediglich 8000 gegenüber 1,4 Millionen einheimischer Bevölkerung. Dennoch kontrollierten die Siedler 25% des Gebiets, 40% des bebaubaren Bodens und den Löwenanteil an den knappen Wasservorräten. Die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung lebte in dichter Nachbarschaft mit diesen fremden Eindringlingen, in bitterer Armut und unvorstellbarem Elend. 80% vegetieren mit zwei Dollar am Tag. Die Lebensbedingungen in Gaza sind eine Beleidigung zivilisatorischer Werte, ein übermächtiger Beweggrund für Widerstand und ein fruchtbarer Nährboden für politischen Extremismus.» Shlaim zeigt auch, dass Sharons Abzug aus Gaza im Jahr 2005 kein «Beitrag zum Frieden» war – wie die Propaganda behauptete –, sondern dazu diente, «die Grenzen des «größeren Israel» einseitig neu zu ziehen, indem man die Hauptsiedlungsblöcke im Westjordanland dem Staat Israel zuschlug. Insofern war der Rückzug aus Gaza kein Vorspiel zu einem Friedensabkommen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, sondern der Auftakt zu weiterer zionistischer Expansion im Westjordanland. Es war ein einseitiger Schachzug im, wie ich meine, falsch verstandenen Interesse Israels.» Denn: «Landraub und Frieden sind schlicht unvereinbar. Israel hatte die Wahl: es entschied sich für Land statt für Frieden.» Israels Siedler zogen aus Gaza ab, «aber Israels Soldaten kontrollierten weiterhin jedweden Zugang zum Gazastreifen, zu Land, zu Wasser und aus der Luft. Gaza wurde über Nacht in ein Freiluft-Gefängnis verwandelt.» Zur Hamas meint Avi Shlaim: «Der Schaden, den die primitiven Raketen anrichten, ist minimal.» Selbstverständlich habe Israel «das Recht zur Selbstverteidigung, aber die Antwort auf die Nadelstiche dieser Raketenangriffe war völlig unverhältnismäßig.» Es sei auch schwer vorstellbar, «wie das Aushungern und Frierenlassen der Zivilbevölkerung in Gaza» den Menschen in Israel Sicherheit bringen könnte. «Aber selbst wenn es so wäre, so wäre es immer noch unmoralisch, eine Form kollektiver Bestrafung, die das internationale humanitäre Recht streng untersagt.» Shlaim kommt so zum Schluss: «Sicherheit kann Israel nicht mit Waffen, sondern allein durch Gespräche mit der Hamas erreichen. Die Hamas hat wiederholt erklärt, dass sie bereit ist, mit dem jüdischen Staat einen langfristigen Waffenstillstand in den Grenzen vor 1967 auszuhandeln – einen Waffenstillstand, der zwanzig, dreißig oder sogar fünfzig Jahre halten könnte. Israel hat dieses Angebot (...) abgelehnt.» Der Professor für Internationale Beziehungen meint abschließend: «Israels Bilanz der letzten

vierzig Jahre macht es schwer, den folgenden Schluss zu vermeiden: Israel hat sich zu einem Schurkenstaat mit einer völlig skrupellosen Führungsriege entwickelt. Ein Schurkenstaat verletzt gewohnheitsmäßig internationales Recht, er besitzt Massenvernichtungswaffen und praktiziert Terrorismus, will sagen Gewaltanwendung gegen Zivilisten zur Erreichung politischer Ziele. Israel erfüllt diese drei Kriterien. (...) Israels wahres Ziel ist nicht die friedliche Koexistenz mit seinen palästinensischen Nachbarn, sondern militärische Unterwerfung.»⁵

Wer trägt die Verantwortung für die Kriegsverbrechen?

Noch deutlicher wird der israelische Journalist Gideon Levy, der für die Tageszeitung *Ha'aretz* arbeitet, unter anderem als Chefredakteur der Wochenendbeilage. Er geißelt das («feige») «Schweigen der Juristen». 41 000 Anwälte im Staat Israel hätten die Aufgabe übernommen, «sein Image als das eines Rechtsstaates zu schützen». Nun gibt es «in aller Welt schwer wiegenden Verdacht, dass Israel eine Reihe von Kriegsverbrechen begangen hat», doch die Juristen schweigen. «Wissen sie denn nicht, dass einer zivilen Bevölkerung unverhältnismäßiger Schaden zugefügt wurde, auch Konvois mit Versorgungsgütern und gegenüber Sanitätären, dass weißer Phosphor mitten in Bevölkerungszentren abgeworfen wurde und willkürliche Bombardements – dass dies alles als Kriegsverbrechen angesehen wird? Welche Antworten geben sie ihren wütenden Kollegen in aller Welt?» Gideon Levy setzt noch einen drauf: «Jeder, der den Ereignissen des (Gaza-)Krieges ehrlich folgte, weiß, dass es nicht um die Frage geht, ob Kriegsverbrechen begangen wurden, sondern wer die Verantwortung für sie trägt. Juristen aus aller Welt bereiten jetzt sorgfältig die Rechtsfälle vor und gehen ins Detail der angeblich begangenen Verbrechen.»⁶

Es besteht kein Zweifel: Der Holocaust war ein sehr schlimmes Geschehen. Aber auch er legitimiert kein neues Unrecht, schon gar keine Kriegsverbrechen. Es ist deshalb höchste Zeit, dass unabhängige Gremien möglichst bald die nötigen Untersuchungen beginnen. Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon hat bereits eine Untersuchung der Angriffe auf Einrichtungen der Vereinten Nationen im Gaza-Krieg angeordnet. Amnesty International ist beizupflichten, dass dieser Vorstoß nicht weit genug geht. «Nötig sei eine umfassende internationale Untersuchung aller mutmaßlichen Verstöße gegen das Völkerrecht in dem Konflikt, ob sie nun von Israel, der Hamas oder anderen militanten palästinensischen Gruppen verübt worden seien.»⁷

Apropos «Solidarität»

Die Solidarität mit Israel sei «nicht verhandelbar», lese ich im Text eines Autors, der sich für anthroposophisch hält⁸. Das kann aber auf jeden Fall nicht heißen, sich mit Kriegsverbrechen zu solidarisieren. Es kann auch nicht heißen, den Landraub von Israelis, der stets weitergeht, zu akzeptieren. Soeben ist durch eine Indiskretion eine vier Jahre lang geheim gehaltene Datenbank des israelischen Verteidigungsministeriums bekannt geworden. Sie enthüllt, dass 75% aller israelischen Siedlungen in den Palästinensergebieten auch nach israelischem Recht illegal sind (nicht «nur» nach internationalem).⁹ Solidarität mit Israel kann auch nicht heißen, die Beobachtungen des israelischen Historikers Tom Segev zu ignorieren: «Es ist absolut erschreckend, wie rassistisch, wie fanatisch die Israelis geworden sind. (...) Wir wollten immer ein Land sein, in dem Hass keinen Platz hat – stattdessen ist es heute salonfähig geworden, zu hassen. (...) Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind heute tief in der israelischen Gesellschaft verankert.»¹⁰ Gerade für Anthroposophen müsste es doch zur Solidarität gehören, die Betreffenden in geeigneter Form darauf hinzuweisen, dass sie sozusagen einen Bumerang zimmern, der in nicht allzu ferner Zukunft verstärkt das zurückbringen wird, was sie jetzt als Unrecht verüben.

Eric Hobsbawm, ein in Großbritannien lebender Historiker mit englisch-österreichisch-jüdischen Wurzeln, bringt die äusseren Folgen auf den Punkt: «Israel verliert das internationale Wohlwollen so schnell wie die Vereinigten Staaten es unter George W. Bush verloren, und zwar aus ähnlichen Gründen: nationalistische Blindheit und Größenwahn militärischer Macht.»¹¹

Boris Bernstein

1 zmag.de/ 18.1.2009.

2 www.sueddeutsche.de/ 29.12.2008.

3 *Ha'aretz*, 14.1.2009. Deutsche Übersetzung: zmag.de/

4 *The Guardian*, 16.1.2009. Deutsche Übersetzung: zmag.de/ 17.1.2009.

5 Avi Shlaim: «Israel and Gaza: rhetoric and reality», *open Democracy*, 7.1.2009. Deutsche Übersetzung: zmag.de/.

6 *Ha'aretz*, 1.2.2009. Deutsche Übersetzung: zmag.de/.

7 AP-Meldung vom 11.2.2009.

8 www.info3.de/wordpress/?p=162 15.1.2009.

9 *Ha'aretz*, 30.1.2009.

10 *Spiegel Online*, 11.2.2009.

11 www.uni-kassel.de/fb5/frieden/ 4.2.2009.